

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

87. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Oktober 2004, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Siegfried Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Veronika Kolb (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Silke Hinrichsen (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2003</b>	<b>5</b>
Drucksache 15/3530	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Schleswig-Holstein (Bestattungsgesetz - BestattG)</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3561 (neu)	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3649	
<b>4. Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1713	
<b>5. Verordnung zur Bekämpfung von Vandalismus durch Graffiti</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2446	

- 6. a) Sicherheit von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein 13**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3269 Abs. 1
- b) Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke**
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der  
Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3291
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3289
- 7. Endlagerstätten für radioaktive Abfälle 14**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der  
CDU  
Drucksache 15/3348
- 8. Verschiedenes 15**

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2003**

Drucksache 15/3530

(überwiesen am 27. August 2004 an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/5125

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss Kenntnisnahme des Berichts empfohlen habe.

Frau Wille-Handels gibt einen kurzen Überblick über ihren Tätigkeitsbericht. Sie geht dabei auch auf Zahlen, Daten und Fakten ein. Schwerpunkte der Petitionen hätten im Bereich der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, der Feststellung der Behinderung, der Krankenversicherung und in den Fällen, in denen die Bürgerbeauftragte nicht tätig werden dürfe, beispielsweise im Bereich der Riester-Rente, gelegen. Sie spricht die Sprechtag und Außensprechtag an. Ein besonderes Anliegen - so betont sie - sei die Schaffung einer grenzüberschreitenden Regelung für Parkerleichterungen für Schwerbehinderte ohne Merkzeichen aG. Hier bittet sie um Unterstützung des Sozialausschusses. Ein weiteres besonderes Anliegen sei ihr das, was sie mit dem Begriff „gute Verwaltungspraxis“ umschreibe. Hier schläge sie vor, in Schleswig-Holstein eine Modellkommune einzurichten, in der ein aktives Beschwermanagement konkretisiert werde.

Der Vorsitzende hält ein aktives Beschwermanagement für eine Möglichkeit, Verwaltung zu verbessern. Insofern unterstützt er diesen Vorschlag.

Abg. Baasch hält es für erforderlich, sich mit dem Thema Parkerleichterungen für Behinderte auseinander zu setzen und das Anliegen der Bürgerbeauftragten zu unterstützen. Er fragt nach Auswirkungen von Reformvorhaben und nennt in diesem Zusammenhang die Grundsicherung und die Rentengesetzgebung. Außerdem möchte er wissen, ob die veränderte Gesetzgebung im Bereich Hartz IV zu einem erhöhten Beratungsaufkommen führe. Des Weiteren geht

er auf den Hinweis der Bürgerbeauftragten ein, dass insbesondere in der Hansestadt Lübeck ein hoher Beratungsbedarf bestehe, und äußert Unverständnis dafür.

Frau Wille-Handels geht zunächst auf das Gesundheitsmodernisierungsgesetz ein. Hier habe es zunächst die misslichte Lage gegeben, dass Ende 2003 bekannt gewesen sei, dass eine Gesetzesänderung anstehe, aber nicht deren genauen Ausgestaltung. Nach einigen Monaten sei eine Befriedung der Situation eingetreten. Zu Beginn sei die Praxisgebühr das Problem gewesen. Jetzt stehe im Mittelpunkt eher der Bereich der Heil- und Hilfsmittel, und hier der besondere Bereich der Menschen mit chronischen Erkrankungen bei nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten, die zur Therapie gehören. Auch im Bereich der Ärzteschaft schein es hier noch großen Informationsbedarf zu geben.

Im Bereich der Grundsicherung habe es Hinweise der BfA gegeben, die bei vielen den fälschlichen Eindruck erweckt hätten, dass ein Anspruch auf Grundsicherung in Höhe von 800 € bestehe. Verwaltungstechnisch habe man sich zu spät auf die Grundsicherung eingestellt. Die Bearbeitung von Anträge dauere in diesem Bereich immer noch unverhältnismäßig lange.

Zum Bereich Hartz IV trägt Herr Biallowons vor, mit der Entscheidungspraxis habe sich das Büro der Bürgerbeauftragten noch nicht befasst, weil es sie noch nicht gebe. Anfragen zu diesem Thema seien in diesem Jahr aber sprunghaft angestiegen. Es gebe viele vorbeugende Frage in diesem Bereich, aber auch entsprechende Begleitung durch die Medien. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerbeauftragten bereiteten sich auf diese Thematik intensiv vor.

Abg. Hinrichsen kommt auf das auch von Frau Wille-Handels angesprochene Thema Verständlichkeit von Bescheiden zu sprechen. Sie schließt sich der von Frau Wille-Handels vortragenen Auffassung an, diese seien nicht unbedingt verständlich. Sie fragt nach der Bearbeitungsdauer von Widersprüchen bei Krankenkassen. Im Rahmen der Grundsicherung - so die Abgeordnete - habe sie am meisten erschreckt, dass die dahinter stehende Intention bei vielen der zu bearbeitenden Personen anscheinend nicht angekommen sei. Ferner erkundigt sie sich nach der Zusammenarbeit mit den Landesministerien.

Frau Wille-Handels antwortet, die Zusammenarbeit mit den Ministerien laufe in der Regel gut. Was die Umsetzung von konkreten Forderungen angehe, könne sie sich durchaus noch Verbesserungen vorstellen.

Hinsichtlich der Grundsicherung sei von der zu bearbeitenden Behörde häufig eine Plausibilitätskontrolle durchgeführt worden, die Antragsteller zutiefst empört habe, durch die sie sich angegriffen gefühlt hätten.

Sie spricht sich dafür aus, zu einer Regelung zu kommen, wonach Krankenkassen innerhalb von drei Monaten Bescheide zu erlassen hätten.

Abg. Birk spricht sich dafür aus, im Bereich Parkerleichterungen für Behinderte tätig zu werden sowie dafür, die Ministerien zu bitten, bis zum Jahresende zu den von der Bürgerbeauftragten gemachten Vorschlägen Stellung zu nehmen, sofern sie Landesrecht betreffen.

Sie halte es für sinnvoll, wenn eine Modellkommune ein Beschwerdemanagement einführe. Ein zusätzliches Zeichen wäre, wenn eine Landesbehörde, in der Publikumsverkehr herrsche, ein solches Management einführe.

Auch sie spricht den erhöhten Beratungsbedarf in Lübeck an und merkt dazu an, dass das Sozialamt in Lübeck „irgendwie unregierbar“ sei. In diesem Zusammenhang wirft sie die Frage nach dem Eingreifen der Kommunalaufsicht auf.

Außerdem spricht sie sich dafür aus, im Rahmen der zweiten Lesung des Tätigkeitsberichts im Landtag eine Debatte zu führen.

Frau Wille-Handels weist auf die beschränkten Eingriffsmöglichkeiten der Kommunalaufsicht im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung hin.

Nach Auffassung von Abg. Geerds sei es notwendig, zu einem Beschwerdemanagement zu kommen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzubilden. Diese beiden Faktoren führten auch zu Kosteneinsparungen.

Zum Bereich der Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung schlägt er vor, gemeinsam initiativ zu werden.

Frau Wille-Handels geht auf das Thema Beschwerdemanagement ein und legt dazu dar, dass auch innerhalb der Behörden häufig ein Beschwerdemanagement fehle.

Sie wendet sich sodann dem Thema Verwaltungshierarchie zu. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialbereich seien häufig diejenigen, die weniger Anerkennung im Gefüge hätten.

Gleichzeitig seien das aber die Bereiche, die häufig von Bürgerinnen und Bürgern frequentiert würden. Zu einer guten Verwaltungskultur gehöre, diejenigen, die in diesen Bereichen arbeiteten, gut zu honorieren und innerhalb der Hierarchie entsprechend zu gewichten.

Abg. Kolb spricht sich dafür aus, einige der in der 27-Punkte-Liste der Bürgerbeauftragten angesprochenen Bereiche bald aufzugreifen und nennt beispielhaft die Bereiche betreutes Wohnen, Mitspiegel auf Sylt, Sockelbetrag beim Landesblindengeld. Im Übrigen zeigt sie sich erstaunt darüber, dass es bei Bescheiden nicht mehr Beschwerden gebe.

Abg. Hinrichsen weist darauf hin, dass der Kreis Nordfriesland bezüglich der Wohngeldsituation auf Sylt voraussichtlich eine Ausnahmeregelung schaffen werde.

Der Vorsitzende schlägt vor, dem Landtag folgende Beschlussempfehlung zu unterbreiten:

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2003 zur Kenntnis. Er bittet die Landesregierung, auf der Grundlage der in Schleswig-Holstein geschaffenen Parkerleichterung für Menschen mit Behinderung ohne Merkzeichen grenzüberschreitende Regelungen mit den Nachbarländern zu vereinbaren.

Der Ausschuss nimmt den Vorschlag des Vorsitzenden einstimmig an.

Abg. Hinrichsen kündigt an, hinsichtlich des Themas Widersprüche bei Krankenkassen eine Initiative in den Ausschuss hineinzutragen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswe-  
sen des Landes Schleswig-Holstein (Bestattungsgesetz - BestattG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3561 (neu)

(überwiesen am 25. August 2004 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und  
Rechtsausschuss)

hier: Festlegung des Kreises der mündlich Anzuhörenden für den  
25. November 2004, 10 Uhr

hierzu: Umdrucke 15/4978, 15/4987, 15/5019, 15/5020, 15/5038, 15/5043  
bis 15/5045, 15/5048, 15/5050

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Anzu-  
hörende werden genannt von Abg. Schlosser-Keichel die Nordelbische Evangelisch-  
Lutherische Kirche, die Islamische Religionsgemeinschaft, der Verband der Krankenhausdi-  
rektoren und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände. Frau Birk ergänzt  
diese Vorschläge um die Rechtsmedizin, die Ärztekammer und den Flüchtlingsbeauftragten,  
Frau Kolb um den Kirchenkreis Norderdithmarschen. - Der Ausschuss verständigt sich auf  
diesen Teilnehmerkreis.

(Unterbrechung: 15:20 bis 15:25 Uhr)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Anhörung am 25. November 2004, 9 Uhr, durch-  
zuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein sowie zur Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3649

(überwiesen am 22. September 2004 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4982, 15/4986, 15/4996, 15/5024, 15/5039, 15/5047

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1713

(überwiesen am 20. März 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2184, 15/2214, 15/2230, 15/2270, 15/2298, 15/2304,  
15/2307, 15/2337, 15/2340, 15/2343, 15/2355, 15/2357,  
15/2359, 15/2361, 15/2366, 15/2367, 15/2380, 15/2382,  
15/2384, 15/2386, 15/2416, 15/2446, 15/2456, 15/2478,  
15/2482, 15/2553, 15/3117, 15/4915, 15/5112

Die Koalitionsfraktionen bringen den aus Umdruck 15/5112 ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Abg. Kolb bittet, die Beratung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. - Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Verordnung zur Bekämpfung von Vandalismus durch Graffiti**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2446

(überwiesen am 21. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und  
den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3271, 15/3412

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP schließt sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**a) Sicherheit von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3269 Abs. 1

**b) Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3291

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3289

(überwiesen am 11. März 2004 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss)

Der Vorsitzende gibt bekannt, der beteiligte Umweltausschuss empfiehlt, Absatz 1 des Antrages Drucksache 15/3269 abzulehnen. Sowohl der Umweltausschuss als auch der Wirtschaftsausschuss empfehlen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3289, zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Baasch beantragt, sich dem Votum des Umweltausschusses anzuschließen.

Abg. Kolb wirbt um Zustimmung zu Absatz 1 des Antrages der Fraktion der FDP, Drucksache 15/3269.

AL Cloosters trägt vor, es gebe eine Reihe von Maßnahmen sowohl durch die Bundesregierung als auch durch die Landesregierung, die für die Standorte der Kernkraftwerke verantwortlich seien. Die Aussagen, ein Gesamtkonzept sei nicht ersichtlich, könne er aus fachlicher Sicht nicht bestätigen.

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP dem Votum des beteiligten Umweltausschusses an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Endlagerstätten für radioaktive Abfälle**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3348

(überwiesen am 27. Mai 2004 an den **Sozialausschuss**, den Umweltausschuss  
und den Wirtschaftsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende berichtet, die Jury zur Ermittlung der Preisträger im Rahmen des Tags der Initiativen habe getagt. Sie habe sich darauf verständigt, zwei erste Preise in Höhe von 3.500 € zu vergeben. Der zweite Preis sei mit 2.000 €, der dritte mit 1.000 € dotiert.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Andreas Beran

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin